

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Nummer 25 241. Nur für Nachgeladene: 20 011.

Bezugs-Geblüh vom 1. bis 15. Mai 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Goldmark. Postbezugspreis für Monat Mai 2.50 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die 6spaltigen 30 mm breite Zeilen 20 Pf., für auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Zeilen je 15 Pf., außerhalb 20 Pf., für 6 Wochen 10 Pf., 3 Monate 30 Pf., 6 Monate 50 Pf., 1 Jahr 90 Pf. Offener Briefkasten 10 Pf. Annoncen-Verlag Dresden.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Neigebach & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Das Auslandsecho der deutschen Wahlen.

Ratlosigkeit der Auslandspresse gegenüber dem deutschen Parteiwirrwarr. Die Reichsregierung ist entschlossen, auch einem russischen Ultimatum gegenüber nicht nachzugeben.

Gegensätzliche Beurteilung in England.

(Durch Funkverkehr.) London, 6. Mai. Die heutige Morgenpresse, die eingehend zu den deutschen Wahlen Stellung nimmt, interessiert besonders die Frage, welche Rückwirkung das Ergebnis auf die Annahme des Sachverständigenberichtes durch Deutschland haben wird. Während Daily Mail auf Grund eines Telegramms ihres Berliner Berichterstatters das Wahlergebnis als Ohrfeige für die Alliierten bezeichnet, sagt Daily Express in Sperrdruck: Deutschland stimmt für Reparationen. Westminster Gazette bezeichnet die Deutschnationalen als den entscheidenden Faktor in der künftigen Politik Deutschlands. Für England und für Europa sei die Hauptfrage die Haltung Deutschlands gegenüber dem Sachverständigenbericht. Es sei als unvermeidlich angesehen worden, daß die Politik Poincarés im Ruhrgebiet eine Reaktion in Deutschland hervorgerufen werde, die den Parteien augute komme, die gegen jedes Kompromiß sind. Die Mehrzahl der Mitglieder des neuen Reichstages werde für die Annahme des Sachverständigenberichtes sein. Von der Haltung der Deutschnationalen hänge die gesamte Lage der Verhandlungen ab. Die Deutschnationalen Partei könne die Lage retten, wenn sie wolle, und es sei zu hoffen, daß sie in einer Lage, die voller wirklicher Gefahren sei, Staatskunst an den Tag legen werde. Daily Chronicle schreibt: Die Antwort auf die wichtige Frage, ob Deutschland für die Annahme des Dawes-Berichtes eintreten werde, bleibt für den Augenblick ungewiß. Es sei keineswegs sicher, daß die Rechte ihn ablehnen werde. Aber wenn von ihrer Seite nicht bald eine Stellungnahme in dieser Richtung erfolge, so werde wahrscheinlich eine ausgesprochen ungünstige Rückwirkung auf die Abstimmung bei den am nächsten Sonntag stattfindenden französischen Wahlen ausgeübt werden. Times schreiben: Wenn aus irgend welchen politischen oder persönlichen Gründen die Leute, die das Schicksal Deutschlands entscheiden werden, zulassen, daß das Werk der Sachverständigen zum Scheitern gebracht wird, so sei alle Hoffnung darauf, daß Deutschland dem Ruin, der vor seiner Tür stehe, entgehen werde, zu Ende. Daily News schreiben: Wenn sich die Deutschnationalen den extremen Nationalisten und den Kommunisten in ihrem Widerstand gegen den Dawesplan zur Regelung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Alliierten anschließen sollten, um den ausstehenden Friedensschritt zu vereiteln, der seit Wende des Krieges unternommen worden sei, so würden die Aussichten tatsächlich dunkel sein.

England erwartet die Zustimmung der Deutschnationalen. (Durch Funkverkehr.) London, 6. Mai. In verantwortlichen Kreisen in London wird erwartet, daß die deutsche Regierung die für die Annahme der Sachverständigenberichte durch den Reichstag notwendige Unterstützung der Deutschnationalen erhalten werde. Die Gewinne der beiden äußersten Parteien kommen nicht unerwartet. (W. T. V.)

Räffelraten in Frankreich.

(Durch Funkverkehr.) Paris, 6. Mai. Zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen schreibt der Matin: Die Hoffnungen, Deutschland werde sich in lokaler Auslegung des Versailles Friedensvertrages zu einer Demokratie entwickeln, sind durch die Wahlen von 1920 bereits hart erschüttert worden. Die vorerzählte

Abstimmung hat sie vollständig vernichtet. Das Echo de Paris schreibt: Nach dem Ausfall der Wahl zu urteilen, hat sich Deutschland durch die Niederlage nicht gewandelt. Der Verfasser Vertrag würde gegen Deutschland nur in dem Maße stehen, in dem ihn eine härtere Macht unterstütze. Das Petit Journal schreibt: Die extremen Parteien geben den Takt an und besonders die kommunistische Partei spielt eine entscheidende Rolle, da sie, je nachdem sie sich auf die eine oder die andere Seite schlägt, die Rechte oder die Linke abgeben kann. So ist also der Sachverständigenplan dem Wohlwollen Moskwa (!) ausgeliefert. Journal Industrielle schreibt: Die deutsche Reparationspolitik war seit vier Jahren niemals dem Einfluß der Nationalisten entzogen (!), weil die Annahme oder Ablehnung Deutschlands in dieser Frage nicht von politischen, juristischen oder sentimentalen Erwägungen abhängt, sondern von einer Ausbalancierung der Notwendigkeiten und der Chancen, und endlich, weil es in Deutschland wie in anderen Ländern nur die nationalistischen Parteien sind, die der öffentlichen Meinung gewisse Konzessionen oder Verzichte nationaler Art zugestehen können. Die kommunistische Humanität schreibt zu den Reichstagswahlen: Möchten am kommenden Sonntag die französischen Arbeiter und Bauern die indirekten Aufforderungen, die ihnen von der anderen Seite des Rheins zukommen, gebührend beantworten. Die Politik der beiden Länder gerate in immer engerer Zusammenhang. Hier und dort werde der gleiche Versuch gemacht, zur Bezahlung der Kriegsschulden zu zwingen. Nur durch gemeinsame energische Aktionen könnte das Proletariat in beiden Ländern die Gefahren abwehren, die es bedrohten. Der Figaro erklärt, das Ergebnis der Wahlen bedeute eine große Stärkung der extremen Richtungen. Den Verlust der Sozialdemokraten könne man sich leicht erklären, während sie am Ruder gewesen seien, sei der Mittelstand durch die Inflationserregung und die Arbeiterklasse und Handel und Industrie ausgebeutet worden. Aus allen diesen Dingen hätten die Kommunisten in geschickter Weise Nutzen gezogen. Ceuvre schreibt, daß die französischen Nationalisten über die Verunsicherung der Erfolge der völkischen Partei ihre Enttäuschung nicht verheimlichen könnten, denn sie hätten große Erfolge dieser Partei seit Monaten angekündigt. Die Excelsior schreibt: Die Anwesenheit der französischen Truppen in Ostfalen sei für die Propaganda der „Unflätigkeit“ in Deutschland eine Anfechtung gewesen. Wenn am 11. Mai die französischen Wahlen nach rechts gehen, so zerfahre man auf französischer Seite das schon so schwache Gleichgewicht, auf dem in Deutschland die parlamentarische Existenz beruhe. Der sozialistische Populaire stellt fest, daß die Parteigänger des erbitterten Widerstands gegen die Alliierten und der Revanche gegen Frankreich nur noch eine unbedeutende parlamentarische Rolle spielen würden. Das deutsche Volk bleibe in seiner Mehrheit der Verfassung von Weimar und der Republik treu, und das aus der Revolution hervorgegangene Regime habe immer noch eine solide Grundlage. (W. T. V.)

Die amerikanische Presse über die deutschen Wahlen. (Eigener Drahtbericht der Dresdener Nachrichten.) New York, 6. Mai. Die Presse gibt nach den bisher aus Deutschland über den Ausfall der Wahlen eingelaufenen Nachrichten der Hoffnung Ausdruck, daß der Durchbruch der Sachverständigenentscheidungen keine erheblichen Schwierigkeiten bereitet werden dürften. Wie weiter gemeldet wird, soll sich die Washingtoner Regierung über den Ausfall der Neuwahlen im Reiche und das wahrscheinliche Zurückkehren einer Regierung der Mitte befriedigend ausgesprochen haben.

Eine neue Reise der belgischen Minister.

Nach einer Konferenz Macdonald-Poincaré. London, 6. Mai. In gut unterrichteten Kreisen herrscht über den Ausgang der Unterredungen Macdonalds mit den belgischen Ministern Idenis und Humans große Befriedigung. Da die belgischen Minister nur ein alliiertes Land vertreten, war nicht zu erwarten, daß wichtige Beschlüsse gefaßt werden würden, die zugleich für die anderen Alliierten bindenden Charakter haben könnten. Wie verlautet, beabsichtigen die belgischen Minister, vor ihrer am 18. Mai in Aussicht genommenen Zusammenkunft mit Mussolini noch einmal in Paris Anwesenheit zu nehmen, um Poincaré über ihre Besprechungen mit dem englischen Premierminister zu informieren. In diesem diplomatischen Kreise wird bereits von der Möglichkeit gesprochen, daß vor einer interalliierten Konferenz gleichzeitiger oder kurz nach der belgisch-italienischen Konferenz eine Besprechung zwischen Macdonald und Poincaré stattfinden werde. Eine interalliierte Konferenz, auf der dann die in den Verhandlungen erzielte Einigung mit deutschen Vertretern und möglichst weit mit den Amerikanern zu erörtern wäre, dürfte kaum vor Ende Mai oder Anfang Juni, wenn die politischen Voraussetzungen für ihre Arbeit geschaffen sein werden, zu erwarten sein.

Die englischen Dominions gegen die Zollpolitik Macdonalds. (Eigener Drahtbericht der Dresdener Nachrichten.) Rotterdam, 6. Mai. Die Morning Post meldet: Die englischen Dominions haben zum Kampfe gegen die Zollpolitik des Kabinetts Macdonald mit Protesten in London eingeleitet. Dem australischen Protest ist am Montag der Einspruch Kanadas gefolgt, der um so ernster beurteilt werden muß, als Kanada die Aufhebung der 10prozentigen Zollermäßigung zugunsten zahlreicher englischer Waren für den 1. Juli angekündigt hat. Das Weltfristen zur See. New York, 6. Mai. Nach Meldungen aus Washington soll das Ergebnis der Untersuchung der angeblichen Schwäche der amerikanischen Flotte, daß dem Kongress vorgelegt werden wird, die Stärkeverhältnisse zwischen der amerikanischen, britischen und japanischen Flotte bestimmen.

Die Zuversicht der belgischen Minister. (Durch Funkverkehr.) Paris, 6. Mai. Der Brüsseler Berichterstatter des Echo de Paris berichtet: Nach Auffassung der belgischen Minister sei jedenfalls eine erste Etappe zurückgelegt. Die

Wieder eine Verschiebung der Parteistärken.

Das neue vorläufige Wahlergebnis. Berlin, 6. Mai. Nach den bis heute mittags eingegangenen Meldungen stellt sich das vorläufige amtliche Ergebnis wie folgt: Es haben erhalten: Sozialdemokraten 5 978 767 Stimmen, 100 Mandate (80 Kreisliche und 20 durch Berechnung im Verband und auf Reichswahlvorläge); Zentrum 5 890 022 Stimmen, 65 Mandate (52 und 13); Deutsche Volkspartei 2 642 848 Stimmen, 44 Mandate (30 und 14); Deutschnationalen 5 755 601 Stimmen, 96 Mandate (80 und 16); Deutsche Demokratische Partei 1 057 451 Stimmen, 28 Mandate (9 und 19); Bayerische Volkspartei 941 982 Stimmen, 16 Mandate (14 und 2); Kommunisten 3 712 001 Stimmen, 62 Mandate (42 und 20); Bayerischer Bauernbund 688 093 Stimmen, 10 Mandate (8 und 2); Deutsch-Dannoveraner 318 451 Stimmen, 5 Mandate (4 und 1); Deutschsozialistische Partei 258 956 Stimmen, 4 Mandate (3 und 1); Landliste 588 288 Stimmen, 9 Mandate (7 und 2); Deutsch-Böhmische Freiwirtschaftspartei 1 917 578 Stimmen, 32 Mandate (18 und 14).

Von den weiteren Parteien, auf die aber keine Mandate entfallen, erhielten Stimmen: Unabhängige 240 177, Bund der Gewerks 58 880, Chr.-Soz. V.-B. 124 800, Deutsche Arbeiterpartei 36 130, Frei wirtschaftl. V. 30 122, Deutscher V. 29 828, Nat. Freiwirtschaftspartei 59 788, Nat. Widerbeit 133 028, Partei der Mieter 46 975, Rep. 45 775, Soz. Bund 25 807, Bayerischer Mittelstandsbund 5081, Volk. Hoch 9439 und parteilose Wirtschaftsgemeinschaft 29 257 116 gültige Stimmen. Zahl der Mandate 471 (davon 334 Kreisliche und 137 durch Berechnung im Verband und auf Reichswahlvorläge).

Die neuen Parteigrößen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 6. Mai. Es liegt in dem Wahlergebnis begründet, daß man bei den Mittelparteien die bisher in Deutschland in allen möglichen Kombinationen registriert haben, nur wenig neue Gehalten antreffen wird. Vier wären nach den bisherigen Ergebnissen namhaft zu machen etwa der Farmer Altklub vom Zentrum, der freilich schon der Nationalversammlung als Abgeordneter anachörde und bei der Deutschen Volkspartei der Führer des Reichstagsbundes Hepp und der frühere Staatsminister Leubauer, der von Thüringen entsandt wird. Unter den bisher neu gewählten Kommunisten ist nicht ein einziger, der sich außerhalb seiner Partei bisher bekannt gemacht hätte. Daneben haben die Deutschnationalen mehrere markante neue Vertreter zu verzeichnen, so den Großadmiral von Tirpitz, den jungen Nürken Otto von Zismard, den Führer der wirtschaftlich friedlichen Arbeiterorganisation Wich-niewski, Dr. von Dröbner, der bisher nur dem preussischen Landtag angehörte. Weiter den bekannten Farmer von der Frankfurter Stadtkirche Konrad Weidt, der gleichfalls der Nationalversammlung angehört, aber damals schon nach kurzer Zeit sein Mandat niederlegte. Unter den neu gewählten Vertretern der Deutschbolschewisten in erster Reihe General von Eudendorff und der aus dem Münchner Prozeß weit bekannt gewordene Oberamtmann Fried.

Die Wiederauflösung des Reichstages im Vordergrund der Diskussion.

Berlin, 7. Mai. Die Deutsche Tageszeitung verheißt sich nicht die Schwierigkeiten, die zu überwinden wären, wenn Deutschnationalen Volkspartei und Deutsche Völkische Arbeitspartei sich zu einer großen Kampfbündnis aufzusuchen lassen. Sie liegen ja nicht nur auf taktischem, sondern auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet. Dennoch bliebe die Verhellung dieser Kampfbündnis das Gebot der Stunde und die Stunde dränge. Andernfalls bliebe die Möglichkeit, auch die einzige Hoffnung: Daß der am 4. Mai erwählte Reichstag überhaupt nicht zu einer tragfähigen Mehrheit kommt, daß wir deshalb binnen kurzem eine neue Reichstagsauflösung erleben und daß inzwischen die Annäherung im völkischen Lager sich vollziehe, die bisher leider nicht möglich gewesen sei. Durch sie bei den Schwierigkeiten, die auf jeden Fall der Bildung einer tragfähigen Reichstagsmehrheit entgegenstünden, ein solcher Ausgang dieses Reichstages gar nicht unwahrscheinlich. Räte aber nicht wenigstens in der Zwischenzeit die Erkenntnis im völkischen Lager zum Durchbruch, daß man wohl getrennt marschieren könne, aber im Parlament auf jeden Fall vereint schlagen müsse, dann wäre nicht nur Zeit und Kraft, dann wäre vielleicht Unwiderbringliches verloren. Auch der sozialdemokratische Vorwärts rechnet mit der Möglichkeit einer Wiederauflösung des neuen Reichstages. Wenn das Wahlergebnis schließlich auch die Bildung einer Regierung gestatten werde, die ihre Außenpolitik unter dem Gesichtspunkt der Annahme des Sachverständigenberichtes verfolge, so sei doch das Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit für das Eisenbahngesetz, das zur Durchführung der Sachverständigenberichte nötig wäre, nicht möglich, wenn die Deutschnationalen ihre politische Linie aus der Absicht konsequent innehalten würden. Wollten die Deutschnationalen ihre Zustimmung zur Erfüllungspolitik erkaufen um den Preis von Minister-